

13./II. 1917

129

[Die Forderungen der städtischen Beamten.] Bezirksvorsteher Dr. Blajel schreibt uns: Die städtischen Beamten sind in einer großen Noilage. Sie haben während des Krieges ohne Murren die doppelte Arbeitszeit auf sich genommen und leisten tatsächlich Uebermenschliches. Die bittersten Sorgen um die Ernährung und Bekleidung ihrer Familien bedrücken diese geistigen Arbeiter der Stadt Wien, und diese Sorge muß von ihnen genommen werden, sollen sie nicht vollkommen zusammenbrechen. Aber auch ein schweres Unrecht gilt es endlich aus der Welt zu schaffen. Die emeritierten Beamten sind auf ein Drittel des Gehaltes gesetzt, und ihre Familien darben im wahrsten Sinne des Wortes. Dieses Unrecht abzustellen, ist eine Ehrenpflicht der Gemeinde. Die Beamten des Steueramtes haben nun die Forderungen der

Beamtenerschaft zusammengestellt, aber es sollte auch hier der Bogen nicht überspannt werden, denn eine Bewilligung aller Forderungen würde die Finanzen der Stadt vollkommen deroutieren. Dagegen hat der Obmann des Vereines der städtischen Beamten eine Zusammenstellung gemacht, welche sich an die Zugeständnisse anlehnt, die den Staatsbeamten gemacht wurden. Ich habe schon in mehreren Artikeln in der "Neuen Freien Presse" den Standpunkt der städtischen Beamtenerschaft mit Erfolg vertreten und habe schon früher betont, daß Geldaushilfen allein wertlos sind. Viel wichtiger wäre es gewesen, Stoffe, Leinen, Leder usw. einzukaufen und ohne Nutzen an die Beamten abzugeben, wie es das Militärärar bei den Offizieren und der Staat bei seinen Beamten macht. Die Gemeinde muß ja auch die Straßenbahner, die Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke, die Feuerwehr und die Amtsdienner bekleiden, warum dann nicht auch die geistigen Arbeiter? Wenn also die neuerlichen berechtigten Forderungen der städtischen Beamten geprüft werden, sollte diese Frage nicht aus dem Auge gelassen werden. Mit einer hungrenden, in Armut und schlechtgekleideten Beamtenerschaft läßt sich die Verwaltung einer Zwanzigmillionenstadt nicht weiter führen; dieser Zustand führt auch zu einer Demoralisation, zu Unterschleifen und Bestechlichkeit, von der unsere Beamtenerschaft bisher zum Glück für die Bevölkerung verschont geblieben ist.